



Ein „Gebrüll“ von Egoismus, Einfalt, Verblendung

Dr. Klaus Olshausen

Oktober 2024

Zusammenfassung

Wahlkämpfe und Demonstrationen der letzten Wochen mit vermessenen Forderungen zur Außenpolitik – auch am Tag der Einheit – zeigen, wie in dreifacher Weise die Zukunft eines freien Europas in Gefahr gerät. Unter dem hingeworfenen Wort FRIEDEN werden stark egoistische, unübersehbar einfältige und zusätzlich verblendete Aussagen beklatscht. Das Überleben einer freien Ukraine tritt bei vielen hinter soziale und wirtschaftliche Bedürfnisse zurück. Das Schicksal der Ukraine wird egal, wenn es nur mit eigenen Schmerzen gerettet werden kann. Russlands Ziele werden in praller Einfalt klein geredet, ja geleugnet. Und dann übernimmt man das russische Narrativ, dass Amerika der „Bösewicht“ ist, dessen Unterstützung der Ukraine seit Jahren, Russland zum Handeln gezwungen hat. Und mit der Entscheidung, ab 2026 amerikanische Tomahawk MFK in Deutschland zu stationieren, hat Sahra Wagenknechts Antiamerikanismus ein weiteres Thema zur Ablehnung mit verleumderischen und falschen Argumenten aufgebauscht. Sie weigert sich, russische Wirklichkeiten zu benennen. So schadet man glaubwürdiger Abschreckung und Deutschlands Sicherheit. Egoismus mit Vorrang für das Selbst, Einfalt bei der Beurteilung der Bedrohungslage und Verblendung bei der Einschätzung einer europäischen Sicherheitsordnung ohne Amerikas Mitwirkung können für Deutschland zu existenzgefährdenden Entwicklungen führen. Regierung und Bürger müssen dem entgegentreten.

ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



Analyse

In den Wahlkämpfen und Wahlen in drei östlichen Bundesländern, den vermessenen Forderungen zur Außenpolitik des BSW für Landesregierungen und der Demonstration am Tag der deutschen Einheit rund um die Siegestsäule wurde klar, wie in dreifacher Weise die Zukunft eines freien Europas gefährdet wird: Es ist erstaunlich, wie unter dem dahingeworfenen Wort „FRIEDEN“ stark egoistische, unübersehbar einfältige und zusätzlich verblendete Darstellungen beklatscht werden. Es ist erstaunlich, dass auch die FAZ diese Aktivitäten mit der Überschrift Friedensbewegung ohne Anführungszeichen diskutiert.

Geht man davon aus, dass die VN-Charter und die Charta von Paris von 1990 geltende Grundsätze der internationalen regelbasierten Ordnung festlegen, denen auch Deutschland verpflichtet ist, dann sind die Sirenenklänge bei der Demonstration am 3. Oktober ein Aufruf, Deutschland aus der gemeinsamen Sicherheitspolitik der EU und der NATO aus angeblich nationalem Interesse herauszulösen. Die Forderung, die militärische Unterstützung der Ukraine mit Waffen und Ausrüstung einzustellen, zeigt, dass einem das Schicksal der Ukraine egal ist.

Man verbrämt diese Forderung mit dem Hinweis, man stehe für ein Ende des Tötens. Faktisch steckt dahinter die Erwartung, dass diese Gelder besser in eigene innenpolitische Vorhaben fließen sollten. Das Überleben der Ukraine ist den Demonstranten nicht so wichtig, wie die naheliegenden eigenen sozialen und ökonomische Bedürfnisse. Dass landespolitische Koalitionsüberlegungen Ministerpräsidenten und Landesvorsitzende wesentliche Teile der Forderungen des BSW schon vor Verhandlungen aufgreifen lassen, unterstreicht den Egoismus, der außenpolitische Wirklichkeiten in die Kulisse der geopolitischen Bühne schiebt.

Vielleicht haben ja viele Demonstranten sich nicht mit den imperialen Kriegszielen Putins beschäftigt oder wollen sie nicht ernst nehmen. So können Personen wie Frau Wagenknecht, die natürlich alles kennt, ihnen vormachen, dass man mit Putin eine Einigung nach einem Waffenstillstand erreichen könne, der ihm die russisch besetzten, annektierten Landesteile der Ukraine belässt und die übrige Ukraine als freies Land bestehen bleibt.

Wider besseres Wissen verschweigen sie ihren Zuhörern, dass Putin die ganze Ukraine einnehmen will und dies mit Demilitarisierung, Entnazifizierung und „ewiger Neutralität“ vorantreiben wird. Ihre Forderungen erschweren, ja verhindern die weitere Selbstverteidigung der Ukraine. Sie geben dem Aggressor eine *Carte blanche* und nehmen die Unterdrückung der Ukraine in Kauf.

Dabei darf nicht übersehen werden, dass die Unterstützer der Ukraine den Aggressor faktisch auch begünstigen, da sie dem Land zwar durchaus erhebliche Mittel zur Selbstverteidigung liefern und Russland mit Sanktionen beschränken, aber vieles so zögerlich, langsam und mit Einsatzbeschränkungen ausführen, dass die Selbstverteidigung der Ukraine leidet.

Wer die russische aggressive, offen revisionistische Politik seit dem Georgienkrieg 2008, über 2014 bis 2022 und heute nicht zum Ausgangspunkt aller Überlegungen macht, folgt der einfältigen Ansicht, dass Putin sich mit dem bisher annektierten Gebieten zufriedengeben wird, und negiert darüber hinaus, dass Putin sich im Krieg mit dem „kollektiven Westen“ sieht, den er spalten und Keile zwischen Amerika und Europa treiben will, um dann ein Eurasien russischer Dominanz zu schaffen. Die Sirenenklänge für einen „Frieden der Kapitulation Dritter“ versuchen mit dem russischen Narrativ deutschen Demonstranten einzureden und sie aufzuwiegeln, wonach Russland sich gegen einen amerikanisch vorbereiteten und gesteuerten Krieg gegen Russland unter Einsatz einer faschistischen Ukraine präventiv, ja präemptiv zur Wehr setzen musste.



Damit ist der eigentliche „Bösewicht“ markiert. Das trifft in Teilen der deutschen Gesellschaft sowohl bei politisch rechten wie bei politisch linken Gruppen und Parteien auf fruchtbaren Boden. Und dann braucht man nicht vom russischen Aggressor zu sprechen und sich nicht für die territoriale Integrität der Ukraine von 1991 einzusetzen.

Diese Sicht der Dinge führt dann auch zur Verblendung im politischen Diskurs, wie er seit ihrem Manifest vom Februar 2023 von Sahra Wagenknecht, ihren Anhängern und willigen Zuhörern vorangetrieben wird. Seit dem NATO-Gipfel im Juli in Washington und der bilateralen Vereinbarung zur Stationierung von amerikanischen Tomahawk MFK großer Reichweite in Deutschland ab 2026 hat ihr Antiamerikanismus die Ablehnung und Verunglimpfung dieses Vorhaben als zusätzliches Thema ins Rollen gebracht.

Fern aller Sachlichkeit behauptet sie, dass diese Waffe Deutschland zum ersten Ziel russischer, auch nuklearer Raketen machen würde. Dazu behauptet, ja faselt sie wider besseres Wissen davon, dass mit dem konventionell bestückten Tomahawk „Enthauptungsschläge gegen Russland“ geführt werden sollen. Wie bei der Aggression gegen die Ukraine kümmert sie sich auch hier nicht um das russische Potenzial.

Seit mindestens zehn Jahren verfügt Russland über große Zahlen von Raketen kurzer und mittlerer Reichweite, die teilweise nukleare Sprengköpfe tragen. Darin lag der Grund, warum der von Russland damit massiv verletzte INF-Vertrag 2019 gekündigt worden ist. D.h. zurzeit gibt es kein landgestütztes Mittel in Europa, das dieses Ungleichgewicht mindern kann. Russland wird dann vom Angriff mit seinen Raketen abgehalten werden können, wenn es weiß, dass es selbst gefährdet ist, wenn es angreift. Das nennt man Abschreckung. Die Verblendung besteht in zweierlei. Erstens verbreitet Sahra Wagenknecht ein Russland-Bild, das dessen aggressive Elemente kleinredet bzw. als Folge westlicher politischer Fehler vernebelt. Zweitens vertritt sie die Auffassung, dass Deutschland und NATO-Europa sich von der transatlantischen Bindung lösen sollten, um dann eine eigenständige europäische Sicherheitsordnung gemeinsam mit Russland – auch unter Putin – zu schaffen.

Egoismus mit Vorrang für das Selbst, Einfalt bei der Beurteilung der Bedrohungslage und Verblendung bei der Einschätzung einer europäischen Sicherheitsordnung ohne Amerikas Mitwirkung können für Deutschland zu existenzgefährdenden Entwicklungen führen. Regierung und Bürger müssen dem entgegenreten.

Anmerkungen: Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.



Über den Autor dieses Beitrags

Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen war von 2006 bis 2013 Präsident der Clausewitz-Gesellschaft. Zuvor war er Deutscher Militärischer Vertreter im Militärausschuss der NATO, bei der WEU und EU, HQ NATO, Brüssel.

Dr. Olshausen gehört auch dem ISPSW Rednermanagement Team an. Weitere Informationen finden Sie auf der ISPSW Website unter <http://www.ispsw.com/autoren-und-rednermanagement/>



Klaus Olshausen